



VERBAND DER BAYER. BEZIRKE

Körperschaft des öffentlichen Rechts

Geschäftsstelle

Postfach 22 15 22

80505 München

November 2009

Rundschreiben Nr. 26/2009

- a) Bezirkstagspräsidenten
- b) Mitglieder der Bezirkstage
- c) Bezirksverwaltungen
- d) Sozialverwaltungen

Errichtung von Pflegestützpunkten gemäß § 92c SGB XI in Bayern

Anlage 1

Sehr geehrte Damen und Herren,

am 30. Oktober 2009 wurde die erwartete Allgemeinverfügung des Bayerischen Staatsministeriums für Arbeit und Sozialordnung, Familie und Frauen zur Einrichtung von Pflegestützpunkten in Bayern bekannt gemacht. Damit sind die Krankenkassen und Pflegekassen in Bayern verpflichtet, Pflegestützpunkte zu errichten.

Träger der Pflegestützpunkte sind die beteiligten Kosten- und Leistungsträger, also die Pflegekassen und Krankenkassen und die landesrechtlich bestimmten Träger der Altenhilfe und der Hilfe zur Pflege nach dem SGB XII. Für den stationären und teilstationären Leistungsbereich sind dies die sieben bayerischen Bezirke und für den ambulanten Bereich die Landkreise und kreisfreien Städte. Die kommunale Beteiligung an einem Pflegestützpunkt erfolgt auf freiwilliger Basis. Bei der Errichtung von Pflegestützpunkten sollen möglichst vorhandene vernetzte Beratungsstrukturen in die Pflegestützpunkte integriert werden. Dies gilt insbesondere für die Fachstellen für pflegende Angehörige. Die Träger des Pflegestützpunktes müssen sich so abstimmen, dass bedarfsgerechte Servicezeiten im Pflegestützpunkt gewährleistet sind. Die Arbeit der Pflegestützpunkte wird von den Beteiligten im engen Zusammenwirken geleistet. Die leistungsrechtlichen Zuständigkeiten und Entscheidungsbefugnisse der Sozialleistungsträger bleiben unberührt.

Zwischen den Pflegekassenverbänden und den Kommunalen Spitzenverbänden wurde nach monatelangen Verhandlungen eine landesweite Rahmenvereinbarung erarbeitet.

Dieser hat der Hauptausschuss am 22. Oktober 2009 zugestimmt. Das Unterschriftsverfahren läuft derzeit. Zu Ihrer Information ist in der Anlage der Rahmenvertrag beigefügt. Auf der Grundlage dieses Rahmenvertrages sind vor Ort für jeden Pflegestützpunkt gesonderte Verträge der beteiligten Träger abzuschließen, die die näheren Einzelheiten zur Ausgestaltung der Arbeit des Pflegestützpunktes und zur anteiligen Finanzierung der laufenden Sachkosten des Pflegestützpunktes regeln.

In einer ersten Phase ist vorgesehen, bis Ende des Jahres 2010 bis zu 60 Pflegestützpunkte in Bayern zu errichten. Die regionale Verteilung erfolgt grundsätzlich anhand des prozentualen Bevölkerungsanteils in den Regionen. Interessierte Kommunen können sich gegenüber der Arbeitsgemeinschaft der Pflegekassenverbände in Bayern mittels eines Strukturhebungsbogens positionieren. Die Frist zur Rückmeldung läuft bis zum 29. Januar 2010. Über die Anträge zur Errichtung eines Pflegestützpunktes wird in einem paritätisch besetzten Gremium aus Vertretern der Kommunalen Spitzenverbände und Pflegekassen auf Landesebene beraten. Auf diese Weise soll eine gleichmäßige Verteilung der Pflegestützpunkte gewährleistet werden.

Um den Beteiligten vor Ort die Gründung von Pflegestützpunkten zu erleichtern, wurde von Verbänden der Kranken- und Pflegekassen und den Kommunalen Spitzenverbänden als Anlage zum Rahmenvertrag ein Musterstützpunktvertrag, ein Strukturbogen für die Antragstellung, die Regelung des Errichtungsverfahrens, das Muster eines Beratungs- und Versorgungsplanes und Leitsätze zur Erarbeitung landesweit einheitlicher Qualitätsstandards für die Pflegestützpunkte erarbeitet.

Für die Bezirke als Sozialhilfekostenträger im stationären und teilstationären Bereich der Pflege können sich aus einer Beteiligung an den Pflegestützpunkten wichtige Impulse für die Erfüllung ihres Leistungsauftrages ergeben. Abzuwägen werden allerdings auch die organisatorischen, personellen und finanziellen Auswirkungen sein.

Mit freundlichen Grüßen



Frank